

„Müssen Realität ins Auge sehen“

Bürgermeisterin bezieht Stellung zur B 212 neu / Großes Bürger-Interesse an Plänen



Eröffnete die Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses (rechts): Ausschuss-Vorsitzender Heinz-Peter Häger. Viele der rund 300 Zuschauer bekamen keinen Platz mehr im Ratssaal – so groß war das Interesse an der öffentlichen Sitzung des Gremiums. MAW-FOTO: MARCO WINGERT

Von unserem Mitarbeiter
Marco Wingert

GANDERKESEE. Ein deutliches „Nein“ zu Delmenhorster Gedankenspielen über eine Umgehung auf Ganderkeseeer Gebiet sowie der Wunsch nach erneuter Prüfung alternativer Trassen im Zuge des Raumordnungsverfahrens zur B 212 neu: Dafür entschied sich der Gemeindeentwicklungsausschuss am Mittwochabend. Keine Chance hatte die von Vertretern der Ortsvereine geforderte kategorische Ablehnung der Bundesstraße.

Nur gegen die Stimme der UWG sprach sich das Gremium für die von der Verwaltung vorgelegte Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren in Sachen B 212 neu aus. Darin begrüßt die Gemeinde grundsätzlich die bessere Verkehrsanbindung der Wesermarsch, fordert aber zugleich die Vermeidung von massivem Durchgangsverkehr im Raum Delmenhorst/Ganderkesee.

Zugleich formuliert die Stellungnahme, es sei ein „gravierender Verfahrensfehler“,

dass Trassenführungen wie die „Mühlenhaus“-Trasse schon im Vorfeld aus dem Verfahren ausgeschlossen seien. „Wir halten eine Nord-Variante der B 212 neu für zweckmäßiger“, erläuterte Fachbereichsleiter Peter Meyer.

Gegen die von Ortsvereinen sowie von UWG und Grünen geforderte kategorische Ablehnung der B 212 neu bezog Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas klar Stellung: Der Neubau der Bundesstraße werde nach einem Bundesgesetz geplant. „Da können wir uns wehren und sträuben, wir müssen aber den Realitäten ins Auge schauen.“ Die Chancen, dieses Vorhaben zu verhindern, müssten ehrlich eingeschätzt werden. Auf jeden Fall müsse man mit den Auswirkungen klarkommen. Deutlich benannte Gerken-Klaas, wer ihrer Meinung nach Schuld an der Situation habe: Dies sei das hausgemachte Problem von Bremen. Darum fordere die Gemeinde in dem Beschlussvorschlag ein Moderationsverfahren unter Leitung des Kommunalverbands Niedersachsen/Bremen. Daran sollten alle betroffenen

Städte und Gemeinden teilnehmen.

Den interkommunalen Schulterchluss befürwortete auch der prominenteste unter den rund 300 Gästen: Delmenhorsts Erster Stadtrat Gerd Linderkamp betonte, dass Ganderkesee und Delmenhorst Opfer eines Verkehrs werden könnten, der seine Ursache im Bundesstraßen-Bau hätte. In Sachen Westumgehung verwies Linderkamp darauf, dass dies nur ein „Lösungsansatz“ sei.

Waren sich die Fraktionen in der Ablehnung einer möglichen Westumgehung noch einig, sah dies beim Thema B 212 neu anders aus: Während Grüne und UWG mit ihren Anträgen zur Ablehnung des Projekts scheiterten, setzte sich die FDP mit einem weiteren Antrag durch. Dieser fordert den zumindest autobahnähnlichen Ausbau des Lückenschlusses zwischen A 1 und A 281, bevor die B 212 gebaut wird. Weiter sprach sich der Ausschuss gegen Stimmen von FDP und UWG dagegen aus, dass der Arbeitskreis Interkommunale Gewerbegebiete sich künftig mit allen Themen der Zusammenarbeit mit Delmenhorst befassen solle.